

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

203 (3.9.1925)

Der europäische Sozialismus und der russische Terror

Von H. Stein

In den letzten Jahren ist in der sozialistischen Presse und auf den internationalen sozialistischen Tagungen fortgesetzt das System des russischen Terrors behandelt worden. Nicht nur aus Gründen der Humanität und der Solidarität mit den russischen Sozialisten, gegen die sich vorzugsweise der bolschewistische Terror richtet, sondern auch aus der Erkenntnis heraus, daß das Bestehen des Terrorsystems das stärkste Hindernis für eine Konsolidierung der politischen Verhältnisse in Rußland wie auch für eine Ueberbrückung der Gegensätze bildet, die gegenwärtig die internationale Arbeiterbewegung zerreißt.

In Würdigung dieser Tatsache hat die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale in ihrer Februar-tagung 1924 in Lugemburg die Genossen K. Abramowitzsch, S. Chomlin und J. Zeretelli als Vertreter der russischen Sozialdemokratie, der sozialrevolutionären Partei und der Sozialdemokratie Georgiens beauftragt, eine Schrift abzufassen, in der der Terror gegen die Sozialisten in Sowjetrußland erschöpfend dargestellt werden sollte. Diese Schrift liegt nun in Form einer Kollektivarbeit der drei genannten Genossen vor, die unter dem Titel „Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien“ im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H., Berlin (138 Seiten, Preis 2.50 M.) erschienen ist.

Die Logik der geschichtlichen Entwicklung zwingt die kommunistischen Gewalttäter, wenn auch verpölet und unvollkommen, jene Wege des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaues zu beschreiten, die von den „sozialverräterischen“ Menschewisten seit Jahren gewiesen wurden. Doch je häufiger sie vor den Ideen der Sozialisten kapitulieren müssen, desto mehr suchen sie sie von jeder politischen Betätigung auszuschalten und physisch auszurotten, desto fanatischer klammern sie sich an die nackte Gewalt, deren unbeschränkter Besitz ihnen als die einzige Garantie erscheint, daß sie als herrschende Gruppe nicht von den negativen Ideen des demokratischen Sozialismus fortgeführt werden.

Würde die Sowjetverfassung in Sowjetrußland maßgebend sein, so würde die Fortsetzung des Terrorsystems ein Ding der Unmöglichkeit sein. Denn sowohl die russischen Sozialdemokraten wie die Sozialrevolutionäre stehen auf dem Boden der Sowjetverfassung, lehnen — im krassen Gegensatz zu den Kommunisten in den westlichen Ländern — die Taktik des gewalttätigen Umsturzes ab und erklären sich einverstanden, auf dem Boden der gegebenen Gesetze zu arbeiten, allerdings unter der Voraussetzung, daß ihnen jenes Minimum an politischer Freiheit und Demokratie gesichert werde, ohne die die politischen Parteien überhaupt nicht bestehen und sich nicht betätigen können. Diese Forderung wird indessen von den Bolschewisten nicht erfüllt. Sie treten ihre eigenen Gesetze mit Füßen. Ihre Verfassung ist nichts weiter als ein Felsenpapier.

Es würde zu weit führen, wollte man alle Einzelheiten des bolschewistischen Terrors ausführlich darlegen. Nur die wichtigsten Seiten dieses Systems seien aus der vorliegenden Denkschrift herausgehoben, in dem die kalte Brutalität und Grausamkeit der zaristischen Gendarmen und Gefängniswärter sich mit der raffinierten Korruption und Erpressungsmethoden der kommunistischen Tschekisten paart. Fast ununterbrochen werden Massenverhaftungen und Hausdurchsuchungen vorgenommen. Tausende politisch Verdächtige wandern in die Gefängnisse und Verbannungsorte, ohne daß auch nur der Versuch gemacht wird, die Schuld der Verhafteten gerichtlich festzustellen. Die Vollmachten der politischen Polizei sind unbeschränkt. Die Angriffe eines Spießes über die politische Unzuverlässigkeit eines Arbeiters oder Angestellten, die Tathabe der Zugehörigkeit zu einer der sozialistischen Parteien im Jahre 1917, ja sogar im Jahre 1905 genügt, um dem Betroffenen den Fingern der Tscheta auszuliefern. Es sind Fälle bekannt, wonach Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden auf Grund von Verzeichnissen in den Akten der Gendarmereiwahl aus der Zarzeit. So halten die kommunistischen Polizisten die Tradition ihrer Vorgänger aus der Zarzeit aufrecht! Es genügt ferner die Beteiligung eines Arbeiters an einem Streik, ein Streit mit einem einflussreichen Kommunisten, Bekanntschaft oder Verwandtschaft mit einem von der Polizei gesuchten Sozialisten, um der ganzen Wucht bolschewistischer Verfolgungen ausgesetzt zu sein.

Daß unter diesen Umständen die Zahl der Eingekerkerten und Deportierten enorm sein muß, geht ohne weiteres hervor. Die Kommunisten scheuen sich aus begreiflichen Gründen, die richtigen Zahlen der politischen Gefangenen anzugeben. Aber wie das russische sozialdemokratische Zentralkomitee in seiner Denkschrift an die jetzt in Rußland weilenden deutschen Arbeiter auf Grund geheim gehaltener offizieller Angaben festgestellt hat, beläuft sich die Zahl der politischen Verbannten in den nördlichen Gouvernements des europäischen Rußlands und in Sibirien allein auf 89 000 Personen, von denen 40 Proz. Arbeiter, 10 Proz. Bauern, 23 Proz. Intellektuelle, 12 Proz. Studierende, alle zum größten Teil Angehörige der sozialdemokratischen Parteien sind. Zu dieser Zahl kommen noch zahlreiche Gefangene in den Gefängnissen sowie die Deportierten in den zentralasiatischen Gebieten hinzu.

Unter wölsch fürchterlichen Verhältnissen die politischen Gefangenen und Deportierten leben müssen, kann hier nicht näher geschildert werden. In aller Erinnerung dürften noch die erschütternden Schilderungen des Martyriums der politischen Gefangenen auf den Teufelsinseln im Weißen Meere sein, deren Hilferufe in den letzten Jahren ununterbrochen an die europäische Öffentlichkeit drangen. Bisher haben alle diese Hilferufe freilich nur wenig genützt. Allen Appellen an die Menschlichkeit lehen die kommunistischen Gewalttäter ihr starrs, unbeugbares Nein, ihre brutale Grausamkeit und Annahabelosigkeit entgegen.

Zusammengefaßt ergibt sich ein erschütterndes Bild, in dem sich die tiefe Tragik der russischen Revolution spiegelt. Mag es manchem europäischen Beobachter, der die politische und wirtschaftliche Entwicklung Rußlands nicht

genügend kennt, angeht die unzweifelhaften Fortschritte, die das heutige Rußland — trotz der Bolschewisten! — aufweist, auch scheinen, daß dieses diktatorische Regime für Rußland „das Gegebene“ sei, so sind die russischen Sozialisten — nicht nur die vielgeschmähten „Emigranten“, sondern auch die, die trotz der Verfolgungen in den Reihen der Arbeiter in Rußland tätig sind — ebenso wie die oppositionellen Kommunisten, die in immer größerer Zahl zusammen mit den Sozialisten eingefertigt werden, der Auffassung, daß das bolschewistische Terrorsystem das größte Hindernis für die Konsolidierung Rußlands wie für den Zusammenbruch des russischen und westeuropäischen Proletariats bildet.

Zollfrühlingsanfang



Meine Herrn, es beginnt mit dieser Woche eine streng nationale Wirtschaftsepoch. — Gegen die desultorischen Gewalten haben wir uns bewundernswürdig gehalten. Damit sich der Preisabbau nicht verkäufte, haben wir den Lohnabbau in der Reserve. — Gestatten die Herren einen klammernden Toast auf den Wiederaufbaugesandten! Prost!

Der große Preisabbau

Von Fritz Müller, Chemnitz

Am 1. September 1925 — nicht 1926 — sind die vom Reichskabinett beschlossenen Maßnahmen gegen die Preissteigerungen in Kraft getreten. Es gibt Leute, die aus der Vergangenheit immer noch nichts gelernt haben und sich in dem Aberglauben befinden, aus der ganzen Sache werde nichts werden. Wie der geplante Preisabbau vor sich gehen wird, mögen einige Beispiele zeigen.

Vor dem 1. September kostete in A. ein Pfund Schöpfensfleisch 1.40 M. Am 15. September bereits braucht man für ein halbes Pfund derselben Beschaffenheit nur noch 90 Pfennige zu bezahlen.

In B. kostete am 31. August ein Kilo Zucker 84 Pfennige, während man am 30. September ein Pfund schon für 64 Pfennige haben kann.

Während man am 15. Juli von C. nach D. für eine Schnellwaschmaschine 2. Klasse 970 M. ausgeben mußte, kann man am 15. Oktober dieselbe Maschine im Personenum — fast noch einmal solange haltbar! — und 4. Klasse für 790 M. zurücklegen. Die Verbilligung wäre noch größer, wenn der Regierung nicht durch den Dawesplan die Arme gebunden wären.

Am 1. August kosteten 3 Zigaretten 54 Pfennige. Am 1. September werden 2 Stück derselben Sorte nur noch 50 Pfennige kosten, während am 1. Oktober der Preis für 1 Stück bereits auf 40 Pfennige gesunken ist.

In E. hatte sich jemand beim Schneider F. einen Anzug bestellt. Am 15. August sollte der Anzug 150 M. kosten. Des sich in Kraft befindlichen Preisabbaus wegen aber bestellt er am 2. September Rod und Weiße ab. Am 15. September erhält er die Dose und braucht dafür bloß die Hälfte des Preises nämlich 75 M. zu bezahlen.

In G. mußte der Fabrikbesitzer H. für Befeldigung der republikanischen Staatsform am 1. Juni 20 M. Geldstrafe bezahlen. Am 1. Oktober kommt er wegen desselben Vergehens mit 10 M. davon.

Am 31. August mußte man für ein Pfund Bohnenkaffee noch 5 M. bezahlen. Am Tage darauf kostet das Pfund Bohnenkaffee nur noch 50 Pfennige. In einem Tas ist der Preis also auf ein Zehntel zurückgegangen!

Am 20. Juli bezahlte der Fabrikdirektor J. aus K. im „Klausner“ auf Siddensee für eine Flasche Whiskybräu — Brauerei-Originalabzug — 2 M. Am 20. September braucht sein Hausmann für eine Flasche schlechtes Bier nur noch 1 M. zu bezahlen.

Ein Paar Schubhaken kostete vor dem Preisabbau 4.50 Mark, ein Paar Abhänge nach dem Preisabbau bloß noch 4 M.

Am 1. August zahlte man für eine Schachtel Streichhölzer 4 Pfennige. Zwei Monate später werden drei Streichhölzer einen Pfennig kosten.

Im Januar 1925 zahlte der Beamte L. in M. für Leuchtgas 6.25 M. Im September desselben Jahres beträgt die Gasrechnung nur 5.90 M.

Des Wertmeisters N. in O. Wohnung kostete am 1. Juli 1925 jährlich 375 M. Miete. Am 1. Oktober hat er halbjährlich nur 250 M., am 1. Januar 1926 vierteljährlich 200 M. und am 1. April monatlich gar bloß noch 100 M. zu bezahlen. Ob für den 1. Juli die Wochenniete auf 50 Mark herabgesetzt werden kann, ist noch nicht sicher.

Zur Reichspräsidentenwahl erhob der Bürgerbund in B. für seine Vaterländische Veranstaltung 1 M. Zur Reichspräsidentenwahlfeier am 18. Januar 1926 kann man diese Genüsse schon für 50 Pfennige haben, während zur nächsten Reichstagswahl bei den Versammlungen der Eintritt nur einen Groschen beträgt.

Diese Beispiele mögen genügen. Sie beweisen klar und unumwieglich, daß der Preisabbau markiert, und zwar mit siebenmeilenlänglichen. Infolgedessen müssen nicht nur die Zinsen, Zinsen und hohen Einkommensteuern ermäßigt werden, sondern es ist selbstverständlich, daß — um den Preisabbau in diesem Maße weiter betreiben zu können — auch die Gehälter (selbstverständlich mit Ausnahme der völlig unzureichend besoldeten höchsten Klassen!) und Löhne abgebaut werden müssen.

Wer's nicht glaubt, zahlt einen Taler, nach dem 1. September — dem Preisabbau entsprechend — nur 2 Mark!

Ausführungen der Kartellpolitik

Typische Kartellbestimmungen, die die wirtschaftliche Freiheit durch Androhung von Sperren und Konventionstrafen beschränken und auf eine Hochhaltung der Preise hinausgehen, sind die folgenden zwei Paragraphen der Verkaufsbedingungen des Kohlenhändlers Weschmeyer u. Co., Mülheim/Ruhr-Mannheim:

„Wenn Sie Koks von Kokereien oder Koks und Briketts durch uns vertrieben werden, ohne unsere Genehmigung lassen und vertreiben, sei es unmittelbar oder mittelbar, so erhöhen sich unsere Preise für sämtliche zwischen Ihnen und uns bestehenden Lieferungsverträge für die ganze Vertragszeit um 10. — für die Tonne.“

Sie sind verpflichtet, unsere Preis- und Verkaufsordnungen einzuhalten. Unterbrechungen unserer Preise in irgend einer Form sind nicht statthaft. Auch dem etwaigen Wiederverkauf sind diese Verpflichtungen aufzuerlegen. Zur Wiederhandlungen gegen diese Bestimmungen, gleichviel ob sie durch Sie selbst oder durch einen Ihrer etwaigen Nachkommen erfolgen, haben in jedem Falle eine Erhöhung des Preises um eine Reichsmark für die Tonne zur Folge.“

Das Kohlenhändler Weschmeyer u. Co. hat bekanntlich vom Ruhrkohlenfondat das Alleinverkaufs- und Verfrachtrungsrecht übertragen bekommen. Der Reichswirtschaftsminister hat auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes die Pflicht, die Kohlenwirtschaft zu überwachern und gegen Mißbräuche einzuschreiten. Sind ihm diese vorgenannten Bestimmungen bekannt?

Ein Hüter der Republik

Vom demokratisch-republikanischen Wehrminister Dr. Gehler

Weimar, 2. September. (Eig. Bericht)

Ein Reichwehrrichter, das am Sonntag in Meiningen stattfand und dem auch Reichswehrminister Dr. Gehler bewohnte, unterscheidet sich durch nichts von einer nationalsozialistischen Veranstaltung. Der demokratische Reichswehrminister schenkt demertzt zu haben, daß das Hotel, in dem er wohnte, demontriert die ehemalige bezugslos meiningische grün-wälsche Fabrik abgebaut hatte, vor der zwei Reichswehrsoldaten mit aufgeschlagenen Seitenscheitern standen. Die Reichs- und Landesfarben waren dafür von der Reichswehr wüßig gemieden worden. Mit Erstaunen konnte ferner beobachtet werden, wie ein verwegenes dreißigjähriger Zug Junado geschlossen auf den Sporplatz angerückt kam. An der Spitze dieses Zuges marschierte der Exzern Georg von Sachsen-Meiningen. Eintritt brauchten diese Verbündeten der Reichswehr nicht zu zahlen, denn sie waren offiziell vom Bataillonkommandeur eingeladen worden. Bei diesem Anmarsch der Junado-Mannschaft kam es zu einem originellen Zwischenfall. Der Kommandeur hat eine Begeleitperson des Ministers, er möge diesen unterhalten, damit er vom Eintreffen des Junado nichts merke. Diejenige Auftragsführer der Generalführer mit großem Eifer aus. Währenddessen ließ der Bataillonkommandeur seinen Feldwebel die Fahnen des Junado einziehen. Und tatsächlich soll der Minister von dem ganzen Bergang nichts beobachtet haben. Am den Hofen auf die Republik und ihren Reichsgewaltminister soll zu machen, beachtlich der abgedankte Staatssohn an seiner Junado-Bürgeruniform zum republikanischen Minister, mit dem er sich während der sportlichen Veranstaltung unterließ. Auch bei der Preisverteilung nahm der Exzern neben dem Minister der Republik teil.

Herr Dr. Gehler hat einst auf dem Nürnberger Parteitag der Demokratischen Partei in wohlklingendem Pathos erklärt: „Ich weiß, was ich will, was ich will, was ich will, kann ich auch.“ Als demokratisch-republikanischer Minister ist Herr Gehler nicht nur aufgrund seiner politischen Auffassung, sondern erst recht durch sein Amt verpflichtet, sorgfältig darauf zu achten, daß in seinem Machtbereich mit dem Ansehen der Republik nicht Schindluder getrieben wird. Wir wissen nicht, ob Herr Gehler das noch will, aber wenn er es noch wollen sollte, dann kann er es nicht mehr, denn er ist erstens ein milder Mann, und zweitens, er hat sich derart in das Schlepptau der Militaristen nehmen lassen, daß er ihn gefangen er ist. Wie lange will denn noch die demokratische Partei, deren Mitglied Herr Dr. Gehler immer noch ist, dem Trauerpiel Dr. Gehler noch zusehen?

Seil mir im Siegerfranz...

Seil mir im Siegerfranz,
Ich hab' jetzt voll und ganz
Den Zollraub rein.
Recht auch zum Glücksglans
Die hohe Wonne ganz
Pfehlung des Volks zu sein,
Wat s'jert es mir.

Nicht Koff' nicht Keffae
Braucht man zum Raubus, be,
Wie einst der Wn.
Heut' fließt kein Tropfen Blut,
Feber bringt Hab und Gut
Freudeuß den Krämer bin,
Der bringt es mir.

Wär Kaiser Wilhelm hier,
Ging es kaum besser mir,
Heut' Hans im Glück.
Wir floß der Spärer Schweiß,
Und iest als höchster Preis
Auch noch der Wucherer;
Mein Dols wird voll.

12. Deutscher Gewerkschaftskongress

Abfuhr der Kommunisten — Kampfanfrage für Erringung anständiger Löhne — Für die Wiedergewinnung des Achtstundentages — Die Wirtschaft und die Gewerkschaften

Jreslau, 1. Sept. (Eig. Bericht.)

In der Dienstagmorgensitzung des Gewerkschaftskongresses wurde die Aussprache über Leipzigs Vorstandsbericht fortgesetzt. Gertrud Hanna bedauerte, daß die Zahl der weiblichen Delegierten, die nur zu vier vertreten sind, nicht entfernt der Beteiligung der Frauen an den freien Gewerkschaften, die 20 Prozent ausmache, entspreche. Die Frauen hätten in schwerer, wirtschaftlicher Lage ihren Gewerkschaften die Treue gehalten. Es käme darauf an, den Zusammenhang durch Heranziehung weiterer berufstätiger Frauen zu gewerkschaftlicher Erziehung zu stärken. Die Rednerin empfahl eine Entschiedenheit über Heimarbeit, in der die reiflose Erziehung der in der Heimarbeit tätigen Frauen durch die Gewerkschaften empfohlen wird.

Simon-Nürnberg (Schuhmacherverband) wandte sich gegen die beiden kommunistischen Redner des Montag. Diese hätten kein Recht, dem Bundesvorstand Vorwürfe wegen unterlassener Massenaaktionen zu machen, da gerade die Kommunisten solche Massenaaktionen, z. B. gegen den Zollwucher, ständig geübt hätten. Der kommunistische Redner Galm sei bezügelnderweise erst vor wenigen Wochen wieder in die freie Gewerkschaftsbewegung eingetreten, offenbar, um auf diesem Kongress reden zu können.

Sufemann vom Bergarbeiterverband wandte sich gleichfalls gegen die Kritiker des Bundesvorstandes und gab den Kommunisten ihre Vorwürfe wegen der Haltung im Ruhrkampf scharf zurück. Die Kommunisten hätten zunächst den Generalkrieg gegen die einmarschierenden Franzosen proklamiert; wenige Tage später hätte man sie im Hauptquartier der französischen Truppen gefunden. Die gewerkschaftliche Unfähigkeit der kommunistischen Führer zeigte sich deutlich am Niedergang der von den Kommunisten beigeigten Union der Bergarbeiter, die von 140 000 Mitgliedern auf 8000 heruntergekommen sei. Jeder ehrliche Arbeiter sei in den freien Gewerkschaften willkommen, aber Gruppen, die nur Seditationen und Spitzeltrüben treiben wollen, hätten in ihnen keinen Platz.

Mohr-Berlin sprach über das Berufsausbildungsrecht und die Berufsschulung des Nachwuchses. Er verlangte von den gewerkschaftlichen Ortsausschüssen, daß sie sich der Bildungs- und Jugendarbeit weit mehr als bisher annehmen.

Bren-Dannover (Fabrikarbeiterverband) wandte sich gegen den Antrag des Berliner Metallarbeiterverbandes zur Steuerfrage, der die Frage verneinend beantwortete, wie der Staatshaushalt auszugleichen und eine Inflation zu vermeiden sei. Er beantragte, dem Bundesvorstand und Bundesauschuß Entlastung zu erteilen.

Mohr-Berlin (Metallarb.-Verb.) wandte sich gegen die Entschlüsse des Bundesvorstandes zur Arbeitszeit und trat für den Antrag der Metallarbeiter auf Volkswirtschaft ein.

Kawatsch-Berlin (Landarb.-Verb.) sprach über die Abwanderung vom Land in die Städte, die in letzter Zeit die Landwirtschaft und ein Hindernis für die Intensivierung der Landwirtschaft bilden. Die landwirtschaftlichen Interessenten freieren nach Zwangsmaßnahmen gegen diese Landflucht, während tatsächlich eine Abhilfe nur darin zu finden sei, daß die Landarbeiter nicht mehr als Arbeiter zweiten Grades behandelt werden.

Schleicher-Berlin findet, daß dem Prinzip des Tarifvertrages in der Praxis oft dessen Inhalt geopfert werde. Es sähe Grenzen, an denen man Tarifverträge nicht mehr abschließen dürfe, da sie sonst unzulänglich wirken, wenn sie zu unangünstig sind. Den Tarifverträgen hätten die Holzarbeiter durch energische Kämpfe widererobert. Solche Kämpfe seien wichtiger als die Drohung mit dem Volkswirtschaftsrecht, dessen Ausgang nicht ganz sicher feststehe. (Lebhafte Zustimmung.)

Döhrens-Berlin (Verkehrsbund) sprach gegen den Metallarbeiterantrag zur Arbeitszeit und für den Antrag des Bundesvorstandes.

Galm-Dresden sprach eine längere Erklärung der wenigen anwesenden Kommunisten ab, die nachmals die bekannte unanschauliche Einheitsfrontparole, die Ablehnung des Dames-Gutachten, die Beurteilung des Bundesvorstandes usw. enthielt.

Schiffel-Berlin (Eisenbahnerverband) wies auf das wachsende Mißtrauen der Arbeiterklasse gegenüber den staatlichen Schlichtungsstellen hin. Die technische Notwendigkeit der Unternehmung allein werden die Reichsbahn habe eine entsprechende Organisation bereits aufgestellt.

Schradner-Berlin (Textilarbeiter) empfahl den Volkswirtschaftsrecht über den Achtstundentag, hält aber die Begründung des Metallarbeiterantrags für mißlich und forderte daher die Metallarbeiter auf, ihren Antrag zugunsten der Entschlüsse des Bundesvorstandes zurückzugeben. Die kommunistische Einheitsfrontparole beleuchtete er durch die gleichzeitige erfolgte Aufforderung des Chemnitzer Kommunistenverbandes, die Sprengung der Verhandlungen des Textilarbeiterverbandes.

Siegmund-Chemnitz (Fabrikarb.-Verb.) erklärte, daß er als Kommunist sich voll in den Dienst der Gewerkschaftsbewegung stelle und durchaus die Leistungen der freien Gewerkschaften anerkenne. Fehler würden doch auch von einzelnen Arbeitersozialisten wie z. B. Max Cohen und Kaliski gemacht.

Hiermit war die Diskussion über den Vorstandsbericht beendet und Leipzigt erhielt das Schlusswort. Die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens — das mühten besonders die Metallarbeiter zur Kenntnis nehmen — würde auch noch nicht den Rechtszustand erreicht haben. Trotzdem mühte natürlich die Ratifikation angeht werden. Die Taktik der Metallarbeiter, den Bundesvorstand auf einen bestimmten Zeitpunkt für die Volksabstimmung in einem öffentlichen Kongress festzusetzen, sei für alle Gewerkschaftler unverständlich. (Lebhafte Zustimmung.) Der feste Wille, den Achtstundentag wieder zu erobern, sei allen Vertretern der freien Gewerkschaften gemein. Die Regierungsovertreter sollten die ersten Klagen, die in der Aussprache über die Regierungsstellen vorgebracht wurden, nicht zu leicht nehmen. Witzinger Schürle wandte sich Leipzigt dann gegen eine Entschlüsse der deutschen Metallwarenindustrie, die einen Lohnabstufung als Voraussetzung eines Preisabbaues erklärte. Die Verleumdung dieser Entschlüsse wurde die stürmische Enttüllung des gesamten Kongresses.

Der Antrag Bren, dem Bundesvorstand und Bundesauschuß Entlastung zu erteilen, wurde unter lebhaftem Beifall

gegen eine einzige Stimme angenommen. Annahme fand ferner die Entschlüsse des Bundesvorstandes zur

Substanz.

Sie lautet:

Die von den deutschen Unternehmerverbänden verfochtene Lohnpolitik führt andauernd zu umfangreichen Lohnkämpfen, die die deutsche Wirtschaft unheilvoll erschüttern. Die Höhe des weitaus größten Teils der deutschen Arbeitnehmer erzieht bei weitem nicht den Realwert der Vorkriegslöhne. Ihre Kaufkraft sinkt immer tiefer mit dem Steigen der Lebenshaltungskosten. Durch die von der Reichsregierung und des Reichsausschusses für die Wirtschaftspolitik durchgeführte Preis- und Steuererhöhung tritt eine weitere allgemeine Preissteigerung ein, die durch die hierdurch bedingten Lohnkämpfe noch verstärkt wird. Die hierdurch bedingten Lohnkämpfe müssen in naher Zukunft noch sehr viel umfangreicher und erbitterter werden.

Die Unternehmer versuchen, den von ihnen systematisch geführten Lohnkampf als eine sich zwangsläufig aus der deutschen Wirtschaftslage ergebende und für die Arbeitnehmer unabweisliche Konsequenz zu rechtfertigen. Unter dem Vorwand, dem Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu dienen, propagieren die Unternehmer die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren auf dem Weltmarkt zurückzuführen. In Verleumdung ihrer wehrfähigen Volkspolizei klagen sie unter feindseliger Bezeichnung der Regierung und der Volkswirtschaft die Gewerkschaften an, in einheitlicher Interessensvertretung durch unerfüllbare Lohnforderungen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu verhindern und das Land einer neuen Inflation aussetzen zu wollen.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erachtet in den Einwänden der Unternehmer das rücksichtslose Streben, die Interessen der Arbeiter zu vernichten. Er erklärt, daß die Fehler und Verfehlungen, die das Unternehmertum während der Inflationszeit begangen hat, nicht ausgeglichen werden können durch einen weiteren Druck auf die lebendigen und arbeitsbereiten Volksträfte, die in der Arbeiterschaft zur Entfaltung drängen. Unter voller Würdigung aller auf der deutschen Wirtschaft ruhenden Aufgaben gibt der Kongress dem festen Willen der Gewerkschaften Ausdruck, der Arbeiterschaft, die in den vergangenen Jahren ungeachtet aller Opfer auf sich genommen hat, eine angemessene Lebenshaltung zu ermöglichen. Denn die Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung der breiten Massen ist notwendig und unabweisend für die deutsche Wirtschaft und für das gesamte deutsche Volk.

Der Kongress ermahnt die Arbeiterschaft, den Kampf um einen gerechten Lohn mit Energie und Ausdauer zu führen. Denn dieser Lohnkampf ist zugleich ein Kampf um den Anteil der Arbeiterschaft an allen Kulturwerten des Volkes. Alle Kräfte müssen daher in ihm vereint werden.

Die Entschlüsse zur Arbeitszeitfrage wurde im Wortlaut des Bundesvorstandes angenommen, wobei ein Zusatzantrag mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Gruppe Döhmann Annahme fand, der den Bundesvorstand beauftragt, keine Anträge zur Verbesseerung des achtstündigen Arbeitstages zu veröffentlichen, gegebenenfalls unter Anwendung des Volkswirtschaftsrechts. Der Antrag des Metallarbeiterverbandes zur Arbeitszeitfrage wurde ebenfalls angenommen. Döhmann gab nun eine längere Erklärung ab, daß er sich auch die Metallarbeiterdelegation für den Gesamtantrag des Bundesvorstandes zur

Arbeitszeitfrage

stimmt. Dieser Antrag wurde darauffolgend einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen. Er hat folgenden Wortlaut: „Seit dem 1. November 1918 mit Zustimmung der Arbeiterschaft wurde am 21. Dezember 1923 der achtstündige Arbeitstagen wurde, trotz ununterbrochen in der deutschen Wirtschaft der Kampf um die Arbeitszeit. Unter Beachtung des von ihnen unterzeichneten Abkommens vom 15. November 1918 haben nach Aufhebung der Demobilisationsverordnung die Arbeitgeberverbände fast überall eine rein mechanische Verlängerung der Arbeitszeit betrieben mit dem Vorwand, daß die Mehrarbeit Voraussetzung zur Gesundung der deutschen Wirtschaft sei.“

Die Erfahrung hat seitdem gelehrt, daß durch die erzwungene Mehrarbeit die Produktivität nicht gesteigert worden ist, weil die Arbeitsintensität nicht steigt mit der verlängerten Arbeitszeit. Das ist durch wissenschaftliche Feststellungen erhärtet, die im Gegenteil nachweisen, daß der künstliche Leistungsdruck bei verkürzter Arbeitszeit, insbesondere auch in kontinuierlichen Betrieben durch Einführung des Dreifachschichtsystems, zu erzielen war.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands steht nach wie vor fest zu der alten sozialpolitischen Forderung der Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden ist die erste Voraussetzung für die Hebung der kulturellen und gesundheitlichen Lage der Arbeiter.

Der Kongress stellt daher mit Bedauern fest, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, für mindestens die Hälfte der deutschen Arbeiterschaft den Achtstundentag zu erhalten oder zurückzugewinnen. Er bekräftigt den entschlossenen Willen der Gewerkschaften, ihn auch in den Betrieben wiederzuerlangen, in denen er derzeit noch überschritten wird. Da auf die Einhaltung der Arbeitszeit, deren Forderung nach verlässlicher Arbeitszeit nur ihren machtpolitischen Wertungen und ihrer Generalkrieg gegen eine freie Entwicklung der Arbeiterklasse entspricht, nicht zu rechnen ist, fordert der Kongress von der Reichsregierung und dem Reichsausschuss ein beschleunigtes Arbeitszeitgesetz, das die Sicherung des Achtstundentages für die Arbeitnehmer wieder herstellt.

Der Kongress kann leider auf Grund des bisherigen Verhaltens der Regierung von diesem Appell keinen entscheidenden Erfolg erhoffen. Er fordert daher zugleich die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterschaft auf, in ihrem Kampf um die tarifvertragliche Festlegung des Achtstundentages nicht nachzulassen, sondern ihn unerschrocken mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bis zum endgültigen Siege fortzuführen. Nur eine geschlossene Front der Arbeiterschaft kann den einschüchternden und bedrohlichen Forderungen der Arbeitgeberverbände entgegenwirken. Eine Reihe weiterer Entschlüsse wurden dem Bundesvorstandes, der Betriebsrätefrage werden die Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses von 1922 aufs neue bekräftigt. Es wird nochmals als

Pflicht der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder festgehalten, die Betriebsräte bei Erfüllung ihrer Aufgaben nach Kräften zu unterstützen; andererseits wird an dem Grundsatze festgehalten, daß als Träger des kollektiven Arbeitsrechtes auf Arbeitnehmerseite allein die Gewerkschaften in Frage kommen. Jeder Versuch, in zukünftigen Tarifvertragsverhandlungen auch Betriebsvereinbarungen als Tarifverträge anzuerkennen, soll von den Gewerkschaften aufs äußerste bekämpft und unbedingt abgelehnt werden. Eine weitere Entschlüsse fordert Aufhebung der Tarifverträge, die die Gewerkschaften im Wirtschaftsnotstand entsprechend den gewerkschaftlichen Forderungen und Anweisungen verrichtet werden. Zur Wohnungsfrage werden ebenfalls die Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses wiederholt, in denen die Gemeinwirtschaft im Wohnungsweesen gefordert und Protest erhoben wird gegen die Haussteuer und ihre Verwendung für andere Zwecke als zur Behebung der Wohnungsnot, gegen die wirtschafts- und volkswirtschaftliche Erhöhung der Mieten ausfallen des privaten Hausbesitzes und zu rein fiskalischen Zwecken und gegen die Befreiung des Mieterschutzes und der gebundenen Wirtschaft des Wohnungsweesens.

In einer Entschlüsse zur Heimarbeit wird allen Mitgliedern der Gewerkschaften zur Pflicht gemacht, in Zukunft mehr als bisher dahin zu wirken, daß ihre Frauen und weiblichen Familienangehörigen, die Heimarbeit verrichten, sich der für ihren Berufsweide aufständigen Gewerkschaft anschließen und die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Lohnabkommen unbedingt einhalten. Die Berufsschule wird vom Kongress als eine unbedingt notwendige Bildungstätte für die heranwachsende Jugend anerkannt. Es wird jedoch gefordert, daß auch tüchtigen Kräften aus der praktischen Berufsarbeit der Weg zur vollberechtigten Lebtätigkeit in den Berufsschulen offen bleibt. Dem Unterricht in Staatsbürger- und Berufsschulen soll genügend Raum gewährt werden, die Erteilung von Religionsunterricht soll nicht Aufgabe der Berufsschule sein.

Zu dem Referentenentwurf über das Berufsausbildungsrecht nahm der Kongress in positivem Sinne Stellung. Doch wird es als ein Mangel bezeichnet, daß die Regelung des Lehrstufensystems durch Tarifverträge oder besondere Lehrlingsordnungen keine Würdigung gefunden habe. In einer weiteren Entschlüsse wurde die Arbeit in den Genossenschaften und in der Volkswirtschaft allen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zur Pflicht gemacht, ebenso die Benutzung der Arbeiterbank. Von den Anträgen der Einzelverbände wurde ein Antrag des Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Dresden, einstimmig angenommen.

Durch ihn werden sämtliche Gewerkschaften verpflichtet, im Falle eines Kriegsausbruches die Herbeiführung von Waffen und Munition und den Durchtransport von Truppen und Kriegsmaterial mit allen Mitteln zu verhindern.

Ein Antrag des Vorkriegsarbeiterverbandes Sachsen, der den Austritt der Großkaufmannschaft aus dem Arbeiterverband fordert, wurde in dem Sinne erledigt, daß der Bundesauschuß zu entsprechenden Verhandlungen mit der GCG beauftragt wurde.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung

Die Wirtschaft und die Gewerkschaften

Hieß dann Professor Heemler-Leipzig ein Referat über die augenblickliche Wirtschaftslage Deutschlands. Er unterzucht zunächst die Gründe für die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt und die daraus entstehende Stagnation der deutschen Produktion mit ihren verheerenden Folgen für die breiten Massen. Die Schwierigkeiten für die deutsche Wirtschaft lagen nicht in der Rohstoffbeschaffung, sondern in den Absatzverhältnissen. Schuld daran trage keineswegs die politische Machtlosigkeit, umgekehrt sei festzustellen, daß der Stand unseres Vorkriegsablaufes in denjenigen Ländern annähernd am vollständigsten wieder erreicht sei, wie z. B. in Britisch-Indien, Japan, Persien, in zweiter Reihe auch in China, ferner in den Vereinigten Staaten, Neufundland, Kanada, demnach auch in Ecuador und Mexiko, schließlich in Afrika, sowie von europäischen Ländern in Schweden, Finnland. Die Unternehmer versuchen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Monopolisierung des Inlandmarktes zu verbessern. Außerdem suchen sie dasjenige Unkostenkonto herabzubringen, das ihnen am ehesten herabsetzbar ist, nämlich das Lohnkonto. Diese beiden Mittel bedeuten zusammen den Versuch, das deutsche Wirtschaftsleben auf seinem unangünstigen Stand festzuhalten. Die Gewerkschaften ist es, das zu verhindern vor allem auf dem Gebiete der Lohnpolitik. Wenn Schicksalsfrage heute mit dem Hinweis auf die kommende Preisabbaufaktion begründet werden, so können sie nicht mehr ernst genommen werden. (Lebhafte Beifall.) Der Kampf der Gewerkschaften um die Wirtschaftsführung müßte die Führung der eigentlichen Wirtschaft von der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsecke unterscheiden von der bloßen Betriebsführung. Wenn die Arbeiterschaft Wirtschaftsführung und technische Betriebsführung verwechselt, so entsteht die Gefahr, daß sie sich nach Branchen trenne und in widerstrebenden Produzenten-Interessen spalte. Die Hauptaufgabe zur Vorbereitung einer wirklichen Wirtschaftsführung liege in großzügiger Bildungsarbeit. Um diese zu ermöglichen, bleibt aber der Kampf um den Lohn und der Kampf um die Freizeit die Grundlage, ohne die dem Arbeiter geistige Entwicklung immer verschlossen bleiben werden. Dieser Kampf der deutschen Gewerkschaften, um die Ermöglichung der geistigen Entwicklung des Arbeiters rechtfertige ihre Existenz unter den höchsten Gesichtspunkten. Sie seien die einzige wirtschaftliche Macht im Kampf gegen einen den Menschen vermalenden Wirtschaftsmechanismus. (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Als Korreferent sprach über Wirtschaftsdemokratie der Verbandsvorstände Zaeffel. Er ging auf die Behauptungen der deutschen Unternehmer ein, ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Die deutsche Arbeiterschaft sei nicht gewillt, eine solche Hebung der Konkurrenzfähigkeit mit den Mitteln auszulassen, die den amerikanischen Arbeitern in Form einer extremen mechanischen Tarifpolitik aufzuweisen wurde. Zaeffel sieht einen Ausweg nur in der Steigerung der Beschäftigtenenergie des einzelnen Arbeiters. Dies ist eine Betriebswirtschaftsdemokratie, die sich zum mindesten auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie und zur Gleichberechtigung der Arbeiterschaft im Betrieb finden müsse. Der Anfang der Wirtschaftsdemokratie liegt im ersten Tarifvertrag der deutschen Buch-

Kleine Nachrichten

Darmstadt, 2. Sept. In einem Walde bei Mörlenbach wurde eine weibliche Leiche gefunden. Es handelt sich um eine Frau im Alter von 28-30 Jahren, die durch Hammererschläge auf den Kopf und durch Öffnen der Pulsadern ermordet worden ist.

Mainz, 2. Sept. Der Verleger und Redakteur des „Mainzer Beobachters“ Reinhard Fund wurde von dem hiesigen Militärpolizeigericht wegen Abdruck eines Artikels über die Abrüstungsfrage in Frankreich zu 2 Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

Stettin, 2. Sept. Vom Starkstrom getötet wurde in Alt-Briestow Kreis Neustettin, ein Schmie beim Weiterziehen einer Getreidefurche, die mit der Hochspannungsleitung in Berührung gekommen war. Sein Sohn wurde schwer verletzt. Auf dem Rittergut Kopsin kam bei der Aufstellung eines Netzes für eine Getreidemiete ein Arbeiter einer Starkstromleitung zu nahe. Er wurde auf der Stelle getötet.

Stettin. Hier hat sich eine 14jährige Schülerin gemeinsam mit ihrem Vetter, der in demselben Hause wohnte, vergiftet. Die Ursache des Doppelselbstmordes ist unbekannt.

Vindau i. B., 2. Sept. Dienstagabend geriet unweit der Hafeneinfahrt in der Dunkelheit ein mit zwei Mädchen und einem jungen Mann besetztes Ruderboot in die Radichaufel eines Dampfers. Das Boot wurde vollständig zerstört, der junge Mann und eines der Mädchen getötet. Das andere Mädchen wurde vom Dampfer aus gerettet. Die beiden Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Letzte Nachrichten

Freigabe der deutschen Schule in Pera

Pera, 2. Sept. Die deutsche Oberrealschule, die bisher noch von den Franzosen besetzt war, ist heute der deutschen Schulgemeinde zurückgegeben worden.

Ueber die Lage in Syrien

Paris, 3. Sept. (Via Funkdienst.) Der französischen unabhängigen Stelle sind Nachrichten über die Lage in Syrien zugegangen, die es ihr erlauben, einen Ueberblick über die Ereignisse der letzten Monate zu geben. Die Kolonne Normand sei im Juli fast vollständig aufgerieben worden und von den 150 Mann hätten sich nur noch 60 nach Sueda retten können. Die Kolonne Michaud sei von den Druzen 6 Kilometer vor Sueda überrascht worden. Dennoch sei es den französischen Truppen gelungen, den Vorstoß von 1500 Druzen 35 Kilometer von Damaskus mit Hilfe von Flugzeugen und einer Abteilung Spahis abzuwehren. Der General Gamelin ist zum Befehlshaber in Syrien und zum Adjutanten des hohen Kommissars General Sarrail ernannt worden.

Wasserstand des Rheins

Schulterinsel 198, gef. 5; Rehl 300, gef. 7; Maxau 472, gef. 5; Mannheim 363, gef. 9 Zentimeter.

Hartes Wasser?

Das hiesige Wasser hat einen ungewöhnlich hohen Kalkgehalt, ist also, wie die Hausfrau sagt, „hart“. Die Folge ist mangelndes Schäumen der Waschlauge, erhöhter Seifenverbrauch und oft sogar Fleckbildung in der Wäsche (Kalkflecke). Enthärten Sie, das Wasser durch einen Zusatz von

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Henko bindet den Kalkgehalt, das Wasser wird weich wie Regenwasser. Sie sparen am Waschmittel und haben immer eine tadellose Wäsche!

Von der Reise zurück

Dr. med. J. Simon

Spezial-Arzt für Haut- und Nervenleiden

Karlstraße 16

gegenüber Restaurant Moninger

Von der Reise zurück

Dr. Albert Günzer

Zahnarzt

Amalienstr. 42

Fernruf 2569

Von der Reise zurück

Dr. Paul Mayer

prakt. Arzt

Karlstraße 28

Privatwohnung: Schumannstraße 7

Von der Reise zurück

August Gutter

staatl. gepr. Dentist

Kaiserallee 149



Frohe Botschaft

bringt die Tante Büffel-Beize allen Hausfrauen: Euro Böden u. Treppen sind nicht mehr schmutzig, staubgrau, schwarz, fleckig, u. ohne Farbe u. Glanz. Die

Büffel-Beize, die nachweisbare Glanzwachsbeize geruchlos, gelb, rot, braun, gibt Bretterböden, Treppen und abgenutzten gestrichenen Böden eine freundliche Farbe und parkettartigen Hochglanz. Sie ist nachweisbar, ausgiebig, schmutzt nicht, läßt sich mühelos auftragen u. ist bei diesen Vorzügen sehr preiswert. Deshalb „büffeln“ die praktischen Hausfrauen! Deshalb „büffeln“ die praktischen Hausfrauen! gestrichene Böden mit Büffel-Beize naturgemäß u. billig in Stand halten.

Zu haben in den Fachgeschäften: Koch & Schenk, Chem. Fabrik A.-G. Ludwigsburg (Württemberg) Vertreter: C. Kappler, Karlsruhe, Klauereckstr. 42, Fernspr. 2876

STADTGARTEN
Freitag, den 4. September 1925, abends von 8-10 1/2 Uhr:
Konzert des Musikverein Karlsruhe.

STADTGARTEN
Sonntag, den 6. September d. J., vormitt. von 11-12 Uhr:
kein Musikzuschlag
Promenade-Konzert
von 2 1/2-6 Uhr:
Nachmittags-Konzert
von 8-10 1/2 Uhr:
Abend-Konzert
Sämtliche Konzerte ausgeführt von der Feuerwehrcapelle Karlsruhe, Leitung: Musikdirektor E. Irrgang
Anlässlich der Tagung des Reichsverbandes Deutscher Dentisten:
Kunstfeuerwerk ausgeführt von Feuerwerks-techniker W. Fischer, Clebronn (Württbg.). Bengalische Beleuchtung, Lampion-schmuck. Eintrittspreise für das Abendkonzert mit Feuerwerk: Nichtabonnenten-Erwachsene 1.- Mk., Abonnenten-Erwachsene - 60 Mk., Kinder je die Hälfte. 1588

In 30 Minuten Ihr Bild
am im Photogr. Atelier
Kaiserstr. 60, Eing. Adlerstr.

Fahrräder
„Merz“ und „Mercedes“ Welt in nur 25 Mark Anzahlung
Fahrradhaus Kaiser, Mühlburg
Mühlstraße 59, neben Strauß-Projekt.

Von der Reise zurück
August Gutter
staatl. gepr. Dentist
Kaiserallee 149

Apollo-Theater Gaggenau.
Donnerstag 6. Montag
Vorführung des großen Films:
„Schmiede“
6 Akte.
Aus dem Leben der Arbeiter in der Schwerindustrie.
Spielprogramm:
Spielzeit: Donnerstag, Samstag, Montag ab 8 Uhr abends, Freitag u. Sonntag ab 4 Uhr nachmittags.

Pfannkuch
Eingetroffen mehrere Waggon neue

Kartoffeln
10 48
Neue

Boll-Seringe
3 40
Pfannkuch

Voranzeige!
Die Eröffnung der umgebauten und zeitgemäss eingerichteten
Gaststätte zur Eintracht
am Samstag, 5. September
vormittags 11 Uhr
beehrt sich anzuzeigen
Georg Dachs

Achtung! Wanzenvertilgung!
Wanzen samt Brut werden mittels meinem neu-verbesserten unbedenklichen Begegnungs-Berfahren mit glänzendem Erfolg vertilgt.
Strenge Diskretion, kein Vorfahren mit Wagen oder Auto.
F. Höllstern
Herrenstr. 5, Jähringerstr. 70 II., Mühlstr. 10.
Telephon 5791.

Lüchtige Maurer
werden eingestellt.
Zu melden bei
H. Walder, Baugesellschaft m. b. H.
9 Erbprinzenstraße 9.

Jede Art **Schuh-Reparaturen** werden angenommen.
Beste Ausführung
Billigst-Berechnung
Sämtl. Schuhbedarfsartikel
Leder im Ausschnitt
N. Eisner
Kaiserstraße 40 (früher Kaiserstr. 23).

Adler-Presto-Fahrräder
Diamant - Tezzahlung -
Ersatzteile - Pneumatik - Reparatur-Werkstätte
Xaver Hoffner, Karlsruhe
Mühlburg
Hardtstraße 27 - Telephon 1886.

COLOSSEUM
Täglich abends 8 Uhr
Laufe keiner Frau nach
Die große Berliner
Ausstattungs-Revue

Lüchtige Gipser
können hier u. auf anstehenden Baustellen eintreten.
Hermann Almenbinger Gipser- u. Zinkfänger-
geschäft Karlsruhe
Melauchthonstraße 2.

Kaufe heute - nicht später
Es ist bekannt landauf, landab, Daß Schaeffer gute Möbel hat. Viele sind schon von weit gekommen. Weil sie hier billige Möbel bekommen.
Ganz besonders große Auswahl in:
Betten
Patentröste
Matratzen
Schlafzimmer-
Küchen-
Wohnzimmer-
Korbmöbel, auch gepolstert
Alle Einzeilmöbel.
Freie Zufuhr.

Möbelhaus Schaeffer
Hauptstr. 81 Durlach Hauptstr. 81

Pfannkuch Käse
Schweizer
Prima großgelocht
1 Pfd. 1 80
1/4 Pfd. 47 Pf.
Münster
Wollfett
1 55
1/4 Pfd. 40 Pf.
Edamer
20% 4831
1 Pfd. 1 15
1/4 Pfd. 30 Pf.
Limburger
Stangenkäse
1/4 Pfd. 28 Pf.
Pfannkuch

Karlsruhe i.B.

Kaiserstr. 89.

Photo-Apparate **Alb. Glock & Cie.** Kino-Apparate

Drogerie Wilh. Tscherning
bekannt durch Qualitätswaren
Ecke Amalien- und Karlstrasse
Telefon 619.



Herren-Hüte-Mützen
ADOLF LINDENLAUB
Kaiserstrasse 191
Karlsruhe

Kinder- und Damen-
sowie
Herren-Konfektion, Berufskleider
ferner
Manufakturwaren jeder Art
finden Sie in größter Auswahl zu niedrigen Preisen bei
Gebrüder Blechner Nachf., Rastatt.

Wenn Sie Büromöbel kaufen

dann besichtigen Sie auch die
altbewährten

Stolsenberg-Fabrikate

Sie lernen dann Qualitätsmöbel kennen und
beurteilen und kaufen nichts was Sie
später reuen wird.

Weitere Spezialitäten:

Stolsenberg-Karteien,
Stolsenberg-Blitz-Ordner,
Stolsenberg-Blitz-Ordner
Steuermappe.

**FABRIK
STOLZENBERG**
Büroeinrichtungs-A.-G., Oos i.B.

Musterlager in:
KARLSRUHE, Waldhornstr.
FREIBURG i. B.,
Friedrichstrasse
MANNHEIM, E 4, 1.

Buchdruckerei „Volksfreund“

Telephon 128 KARLSRUHE Lutsenstr. 24

liefert
Sämtliche Druckarbeiten
schwarz und farbig, in kürzester Frist.

Kallinich

höchste Qualitäts-Zigaretten
in den Konsumpreislagern
Kallinich, Zigarettenfabrik, Rastatt (Baden)

Excelsior-Künstlerspiele
Kaiserstrasse 26 / Telephon 977
Direktion: A. UNSER
*
Täglich 8.30 Uhr abends:
„Das Großstadt-Programm“

Papiere aller Art, sämtl. Büro-Bedarfsartikel
Farbbänder, Kohlepapiere etc. liefert:
Krös & Botzenhard / Papier-Bürobedarf
Telephon 2940 Westendstraße 29, Hans Suchstraße 33
Neubau Rückgebäude.
Verlangen Sie Angebote!

RUDOLF HIRSCH
SPORTARTIKEL
KARLSRUHE i. B.
JAHNSTR. 18

Gebrüder Kugel
Gegr. 1867
Telephon 2768
Rheinstraße 63

**Herren-Artikel, Kurz-, Weiss-, Woll-
waren, Wäsche-Fabrikation.**

**MUSIK
APPARATE**
preiswert
Besuchen Sie unser reich-
haltiges Lager.
Telefon 239



**MUSIK
PLATTEN**
erstklassig
Verlangen Sie unverbind-
liche Vorführung.
Kaiserstr. 176

Wellpappenwerk G.m.b.H.
Bruchsal
Wellpappen in Rollen u. Bogen / Kartomagen



Der Weise
weiss
wo er kauft

Trinkt Franz-Bier
Telefon 4 RASTATT
Telefon 4

Moritz Veith Nachf.
Gegr. 1863
KARLSRUHE
Kronenstr. 34
Möbel-, Matrazenstoffe- und Teppiche-Großhandlung

P. M. Gräfinger
RASTATT
Manufakturwaren aller Art
stoffe / Ausstattungs-Artikel / Herren- u. Damenkleider,
Konfektion / Teppiche, Läufer, Linoleum / Damen-
Große Auswahl! und Herrenwäsche
Billige Preise!

Kaufen Sie Futtermittel
für alle Tierarten nur bei
Albert Schneider A.G. Karlsruhe-Mühlberg
Telefon 2343

Trinkt Milch!

Milchverbrauch u. Volksgesundheit stehen in engem
Zusammenhang. — Tagesration nicht unter 1/2 Liter pro Kopf.

Karlsruher Milchversorgung G.m.b.H.

Foto-Handlung H. HUGEL
Schützenstraße 12 / Telephon 2668